

Wasserversorgungssatzung der Kreisstadt Hofheim am Taunus

Aufgrund von §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.05.2020 (GVBl. S. 318) sowie der §§ 2, 3 und 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. S. 247) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hofheim am Taunus in ihrer Sitzung am 02.09.2020 nachstehende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines

- § 1 Öffentliche Einrichtung
- § 2 Begriffsbestimmungen

II. Anschluss- und Benutzungsbedingungen

- § 3 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 4 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang
- § 5 Anschlussleitung (Grundstücksanschlussleitung und Hausanschlussleitung)
- § 5a Grundstücksanschlussleitung
- § 5b Hausanschlussleitung
- § 6 Wasserverbrauchsanlagen
- § 7 Antrag auf Anschluss und Benutzung (Genehmigungspflicht)
- § 8 Art der Versorgung
- § 9 Umfang der Versorgung, Benachrichtigung bei Wasserversorgungsunterbrechung
- § 10 Haftung bei Versorgungsstörungen
- § 11 Haftung Grundstückseigentümer/in
- § 12 Verjährung von Schadenersatzansprüchen
- § 13 Zutrittsrecht
- § 14 Allgemeine Pflichten
- § 15 Messeinrichtungen
- § 16 Einstellung der Versorgung

III. Kostendeckung

a) Beiträge

- § 17 Wasserbeitrag
- § 18 Grundstücksfläche
- § 19 Nutzungsfaktor in beplanten Gebieten
- § 20 Nutzungsfaktor bei Bestehen einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB
- § 21 Nutzungsfaktor im unbeplanten Innenbereich
- § 22 Nutzungsfaktor in Sonderfällen
- § 23 Gegenstand der Beitragspflicht
- § 24 Entstehen der Beitragspflicht
- § 25 Beitragspflichtige
- § 26 Fälligkeit
- § 27 Vorausleistungen
- § 28 Ablösung des Wasserbeitrages

b) Kostenerstattung

- § 29 Anschlusskosten

c) Gebühren

- § 30a Benutzungsgebühren
- § 30b Sonderfälle
- § 31 Zählergebühr
- § 32 Verwaltungsgebühren
- § 33 Entstehung der Gebührenpflicht
- § 34 Festsetzung und Fälligkeit der Gebühr
- § 35 Gebührenpflichtige
- § 36 Mehrwertsteuer

IV. Schlussbedingungen

- § 37 Mitteilungspflicht
- § 38 Zwangsmittel
- § 39 Ordnungswidrigkeiten
- § 40 Verarbeitung personenbezogener Daten
- § 41 Inkrafttreten

I. Allgemeines

§ 1 Öffentliche Einrichtung

- (1) Die Stadt betreibt in Erfüllung ihrer Pflicht zur Wasserversorgung, Wasserversorgungsanlagen als öffentliche Einrichtung. Sie bestimmt Art und Umfang der Wasserversorgungsanlagen sowie den Zeitpunkt Ihrer Schaffung, Erneuerung, Erweiterung, Verbesserung und Beseitigung bzw. Stilllegung.
- (2) Zu den öffentlichen Wasserversorgungsanlagen gehören auch:

die Anlagen und Einrichtungen, die nicht von der Stadt selbst, sondern von Dritten hergestellt, erweitert, unterhalten bzw. erneuert werden und deren sich die Stadt zur Durchführung ihrer Aufgaben aus Abs. 1 bedient oder zu deren Herstellung, Erweiterung, Erneuerung oder Unterhaltung sie beiträgt. Die Stadt muss jedoch einen ausreichenden Einfluss auf die Willensbildung jener Dritter über die Herstellung, Erweiterung, Erneuerung und Unterhaltung der erforderlichen Wasserversorgungsanlagen, über den Anschluss der Grundstücke und die Abnahme der Anlagen haben.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Die in der Satzung verwendeten Begriffe haben folgende Bedeutung:

Trinkwasser

ist Wasser von einwandfreier Beschaffenheit, durch dessen Genuss oder Gebrauch die menschliche Gesundheit, insbesondere durch Krankheitserreger, nicht geschädigt werden kann. Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel, es kann nicht durch andere Stoffe ersetzt werden. Seine Qualität ist festgeschrieben im Lebensmittelgesetz, im Infektionsschutzgesetz und der Trinkwasserverordnung.

Wasserversorgungsanlagen

sind Wassergewinnungs- und Aufbereitungsanlagen, Pumpwerke, Hochbehälter, Druckerhöhungsanlagen und ähnliches, sowie die Verbindungs- und Versorgungsleitungen. Wasserversorgungsanlagen sind Eigentum der Stadt.

Anschlussleitung

beinhaltet die Grundstücksanschlussleitung und die Hausanschlussleitung

Grundstücksanschlussleitung

ist die Leitung zwischen Versorgungsleitung und Grundstücksgrenze, beginnend an der Anschlussstelle der Versorgungsleitung.

Grundstücksanschlussleitungen sind Eigentum der Stadt.

Hausanschlussleitung

ist die Wasserleitung ab Grundstücksgrenze bis zur Hauptabsperrvorrichtung einschließlich Messeinrichtung, zweiter Absperrvorrichtung und Rückflussverhinderer.

Hausanschlussleitungen sind Eigentum der Stadt.

Wasserverbrauchsanlage

ist die Wasserleitung ab der Hauptabsperrvorrichtung der Anschlussleitung, einschließlich aller auf dem Grundstück vorhandenen Wasserverbrauchseinrichtungen mit Ausnahme der Messeinrichtung der Stadt.

Die Wasserverbrauchsanlage ist Eigentum des/der Grundstücks-/Hauseigentümer/in.

Wasserabnehmer/in

sind alle zur Entnahme von Trinkwasser auf dem Grundstück Berechtigte und Verpflichtete, sowie alle, die der Wasserversorgungsanlage Trinkwasser entnehmen (insbesondere Pächter, Mieter usw.).

Anschlussnehmer/innen

sind die Grundstückseigentümer/innen oder Erbbauberechtigte, Verbraucher/innen und sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich berechtigte Personen.

Grundstück

ist jeder zusammenhängende Grundbesitz ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung, der eine wirtschaftliche Einheit bildet.

Gebäude

sind selbständig nutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind und dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen. Auch Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser sowie Behelfsheime und Containerbauten wie Wohn- oder Schulersatzcontainer gelten als Gebäude im Sinne dieser Satzung.

Keine Gebäude sind behelfsmäßige Nichtwohnbauten und freistehende selbständige Konstruktionen wie z.B. Baracken, Gartenlauben und dergleichen.

II. Anschluss- und Benutzungsbedingungen**§ 3****Anschluss und Benutzungszwang**

- (1) Jede/Jeder Eigentümer/in eines Grundstückes, auf dem Trinkwasser und / oder Brauchwasser benötigt wird, hat die Pflicht, dieses Grundstück an die Wasserversorgungsanlage anzuschließen, wenn es durch eine betriebsfertige Versorgungsleitung erschlossen ist oder für sie/ihn ein Recht zur Durchleitung durch ein angrenzendes erschlossenes Grundstück besteht. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude zum dauernden Aufenthalt von Menschen, so ist jedes Gebäude anzuschließen. Die Anordnung des Anschlusses kann durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.
- (2) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen sind, ist der gesamte Bedarf an Trinkwasser im Rahmen des Benutzungsrechts ausschließlich aus dieser Anlage zu decken (Benutzungszwang). Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer/innen und alle Benutzer/innen der Grundstücke.
- (3) Die Entnahme von Wasser in außergewöhnlichen Mengen kann versagt oder von der Erfüllung besonderer Bedingungen abhängig gemacht werden, soweit und solange die Stadt durch Umstände, deren Beseitigung ihr wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, an der Versorgung gehindert ist.
- (4) Niederschlagswasser kann als Brauchwasser für Haushalt und Gewerbe genutzt werden.

- (5) Der Anschluss eines Grundstückes darf nur nach Genehmigung durch die Stadt erfolgen.
- (6) Die Herstellung einer bisher noch nicht bestehenden, sowie die Änderung, Erneuerung, Erweiterung und Beseitigung (Stilllegung) einer bestehenden Versorgungsleitung (auch Teilleitung) kann nicht verlangt werden.

§ 4

Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Von der Verpflichtung zum Anschluss- und Benutzungszwang wird der/die Grundstückseigentümer/in von der Stadt auf Antrag unter dem Vorbehalt des Widerrufs befreit, wenn der Anschluss bzw. die Benutzung für ihn/sie auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls eine unzumutbare Härte bedeuten würde. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt einzureichen.
- (2) Die Stadt kann dem/der Grundstückseigentümer/in darüber hinaus auf Antrag die Möglichkeit einräumen, den Bezug auf einen von ihm/ihr gewünschten Verbrauchszweck oder auf einen Teilbedarf zu beschränken, wenn dies für ihn/sie wirtschaftlich zumutbar ist. Eine Teilbefreiung nach dieser Vorschrift ist zu versagen, wenn eine Beeinträchtigung des Gemeinwohls, insbesondere die Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung, zu erwarten ist.
- (3) Der Antrag auf Befreiung oder Teilbefreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt einzureichen.
- (4) Will der/die Grundstückseigentümer/in die Befreiung (Teilbefreiung) nicht mehr oder nur noch eingeschränkt in Anspruch nehmen, dann gelten für ihn/sie die Bestimmungen der §§ 3 und 4 mit der Einschränkung, dass durch die zu erwartende verstärkte Wasserabnahme nicht die schon angeschlossenen anderen Grundstücke in ihrem bisherigen Recht der Wasserentnahme beeinträchtigt werden dürfen.
- (5) Der/Die Grundstückseigentümer/in hat der Stadt von der Einrichtung einer Eigengewinnungs- oder Brauchwasseranlage Mitteilung zu machen. Es muss technisch sichergestellt sein, dass aus seiner/ihrer Anlage kein Wasser in das Trinkwassernetz eintreten kann. Die Einrichtung muss vor Inbetriebnahme von der Stadt abgenommen werden.

§ 5

Anschlussleitung (Grundstücksanschlussleitung und Hausanschlussleitung)

- (1) Jedes Grundstück ist gesondert und unmittelbar an die Wasserversorgungsanlage anzuschließen. Die Anschlussleitung darf nicht überbaut werden.

Unter besonderen Umständen kann die Stadt anordnen oder gestatten, dass mehrere Grundstücke über einen Anschluss versorgt werden, wenn die nicht im öffentlichen Gelände liegenden gemeinsamen Anschlussleitungen durch Grunddienstbarkeiten oder Baulasteintragungen gesichert sind. In diesen Fällen gilt jede/jeder der beteiligten Grundstückseigentümer/innen als Anschlussnehmer/in. Jedes selbstständig nutzbare Gebäude auf einem Grundstück ist grundsätzlich gesondert anzuschließen. Nach pflichtgemäßem Ermessen kann die Stadt in Einzelfällen abweichend entscheiden.

- (2) Die Stadt bestimmt Art und Lage des Anschlusses, Führung und Dimensionierung der Anschlussleitung. Begründete Wünsche der Anschlussnehmer/innen sind dabei nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Der/die Anschlussnehmer/in darf nicht auf die Anschlussleitung einschl. der Messeinrichtung einwirken oder einwirken lassen.
- (3) Die Anschlussleitung steht im Eigentum der Stadt. Sie wird ausschließlich von der Stadt oder einem von ihr beauftragten Unternehmen hergestellt, erneuert, verändert, unterhalten oder beseitigt (stillgelegt).

Gewährleistungsansprüche aus der Durchführung der hierzu erforderlichen Arbeiten werden von der Stadt als Auftraggeberin im eigenen Namen geltend gemacht. Führt die Stadt diese Arbeiten in Eigenleistung aus, leistet sie hierfür Gewähr nach den gesetzlichen Vorschriften.

- (4) Die Kosten für die Herstellung des Neuanschlusses der Anschlussleitungen trägt der/die Anschlussnehmer/in gem. § 29 dieser Satzung.
- (5) Wünscht der/die Grundstückseigentümer/in neben der einen Anschlussleitung noch weitere Anschlussleitungen, so entscheidet darüber die Stadt nach pflichtgemäßem Ermessen. § 5 Abs. 3 und 4 sowie § 5a und § 5b der Wasserversorgungssatzung gelten entsprechend.

§ 5a Grundstücksanschlussleitung

Für die Kosten der Erneuerung, Veränderung, Unterhaltung, Beseitigung (Stilllegung) gilt § 30a dieser Satzung.

§ 5b Hausanschlussleitung

Für die Kosten der Erneuerung, Veränderung, Unterhaltung, Beseitigung (Stilllegung) des Hausanschlusses gilt § 29 dieser Satzung

§ 6 Wasserverbrauchsanlage

- (1) Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Unterhaltung der Wasserverbrauchsanlage hinter der Anschlussleitung, mit Ausnahme der Messeinrichtungen der Stadt, ist der/die Grundstückseigentümer/in verantwortlich. Hat er/sie die Anlage oder Anlagenteile einem/einer Dritten vermietet oder sonst zur Benutzung überlassen, so ist er/sie neben diesem/dieser verantwortlich. Die Kosten trägt der/die Eigentümer/in (Anschlussnehmer/in).
- (2) Wasserverbrauchsanlagen müssen nach den jeweils geltenden bau- und wasserrechtlichen Vorschriften sowie den anerkannten Regeln der Technik geplant, hergestellt, unterhalten und betrieben werden. Bau- und Installationsarbeiten dürfen allein durch zugelassene Unternehmer/innen, die im Installationsverzeichnis der Stadtwerke Betriebszweig Wasserversorgung eingetragen sind, ausgeführt werden.
- (3) Die Stadt oder deren Beauftragte schließen die Wasserverbrauchsanlage an die Anschlussleitung an und setzen sie in Betrieb.

- (4) Die Wasserverbrauchsanlagen sind so zu betreiben, dass Störungen anderer/andere Wasserabnehmer/innen, störende Rückwirkungen auf die Wasserversorgungsanlage oder Wasserverbrauchsanlagen Dritter oder Auswirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind. Bei Frostgefahr haben alle Wasserabnehmer/innen auf dem Grundstück die notwendigen Frostschutzmaßnahmen zu treffen.
- (5) Die Stadt ist berechtigt, die Wasserverbrauchsanlage zu überprüfen. Sie hat den/die Anschlussnehmer/in auf erkannte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen.
- (6) Werden Mängel festgestellt, welche die Sicherheit gefährden oder erhebliche Störungen erwarten lassen, so ist die Stadt berechtigt, den Anschluss oder die Versorgung zu verweigern; bei Gefahr für Leib oder Leben ist sie hierzu verpflichtet.
- (7) Weder das Überprüfen der Wasserverbrauchsanlage noch deren Anschluss an die Wasserversorgungsanlage begründen eine Haftung der Stadt, es sei denn, sie hat beim Überprüfen Mängel festgestellt, die eine Gefahr für Leib und Leben bedeuten.

§ 7

Antrag auf Anschluss und Benutzung (Genehmigungspflicht)

- (1) Ohne vorherige Genehmigung der Stadt darf der öffentlichen Wasserversorgungsanlage kein Wasser entnommen werden.
- (2) Den Anschluss des Grundstückes an die öffentlichen Wasserversorgungsanlage, jede Änderung an der Anschlussleitung, die Herstellung, Änderung, Erneuerung, Erweiterung und Beseitigung (Stilllegung) der Wasserverbrauchsanlage hat der/die Grundstückseigentümer/in bei der Stadt zu beantragen. Es ist mit einer Bearbeitungszeit von 4 Wochen ab Antragsstellung zu rechnen.
- (3) Bei Neubauten muss der Anschluss im Plan dargestellt werden. Die Anschlussleitung und die Wasserverbrauchsanlage sind vor der Schlussabnahme der Gebäude auf dem Grundstück betriebsfertig auszuführen.
- (4) Der Antrag ist unter Verwendung des bei der Stadt erhältlichen Vordruckes zu stellen. Dem Antrag sind beizufügen:
 - a) Lageplan mit Ausweisung des Grundstückes, aus dem die vor dem Grundstück verlaufende Versorgungsleitung und die geplante Anschlussleitung ersichtlich sind,
 - b) die Beschreibung der Wasserverbrauchsanlagen mit Grundrisskizze,
 - c) nähere Beschreibung der einzelnen Verbraucher usw. für die auf dem Grundstück Wasser verbraucht werden soll und Angabe des geschätzten Wasserbedarfs für diese Verbraucher,
 - d) die Verpflichtungserklärung des/der Grundstückseigentümers/in, die auf ihn/sie fallenden Kosten der Anschlussleitung unwiderruflich zu übernehmen.
- (5) Antrag und Antragsunterlagen sind vom/von Grundstückseigentümer/in und von dem mit der Ausführung Beauftragten zu unterschreiben und bei der Stadt einzureichen.
- (6) Die Stadt kann auf einzelne der in Abs. 4 genannten Antragsunterlagen verzichten.
- (7) Bei baugenehmigungspflichtigen Bauten ist der Antrag gemeinsam mit dem Bauantrag in dreifacher Ausfertigung einzureichen. Bei der Weiterleitung des Bauantrages hat die

Stadt der Baugenehmigungsbehörde mitzuteilen, ob dem Anschlussantrag entsprochen worden ist oder wird und ob und welche Auflagen hierbei erteilt worden sind oder werden.

- (8) Die Entscheidung über den Antrag soll möglichst umgehend erfolgen. Sie kann bis zum Eingang des Beitrages oder eines an seine Stelle tretenden Betrages sowie der Anschlusskosten (§ 29) zurückgestellt werden, sofern nicht durch eine vertragliche Regelung diese Zahlungsverpflichtungen des/der Grundstückseigentümers/in bereits unwiderruflich festgestellt worden sind.
- (9) Die Genehmigung erfolgt unbeschadet der Rechte Dritter und der sonstigen bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften.
- (10) Die Genehmigung soll vorschreiben, bis wann spätestens die genehmigten Anlagen betriebsfertig hergestellt sein müssen.
- (11) Die erteilte Genehmigung erlischt in jedem Fall nach Jahresfrist ab ihrer Bekanntgabe, wenn mit der Ausführung der Arbeiten noch nicht begonnen oder wenn eine begonnene Ausführung nicht spätestens ein Jahr nach der ersten Einstellung der Arbeiten endgültig zu Ende geführt worden ist. Ein Anspruch auf Rückzahlung des Beitrages oder des an seine Stelle getretenen anderen Betrages besteht auch dann nicht, wenn die Voraussetzung des § 3 noch nicht gegeben sind. Eine etwa bereits entrichtete Vorausleistung für die Anschlussleitung wird nur auf Anforderung zurückgezahlt, und zwar in dem Umfang, in dem von der Stadt für die beauftragte Herstellung, Erweiterung, Änderung oder Erneuerung und Stilllegung des Anschlusses noch keine Aufwendungen erbracht worden sind.
- (12) Soll Wasser aus öffentlichen Hydranten nicht für Feuerlöschen sondern zu sonstigen vorübergehenden Zwecken entnommen werden, sind hierfür Hydrantenstandrohre der Stadtwerke mit Wasserzähler zu nutzen.

§ 8

Art der Versorgung

- (1) Das Wasser muss den jeweils geltenden Rechtsvorschriften und den anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Die Stadt ist verpflichtet, das Wasser unter dem Druck zu liefern, der für eine einwandfreie Deckung des üblichen Bedarfs in dem betreffenden Versorgungsgebiet erforderlich ist. Sie ist berechtigt, die Beschaffenheit und den Druck des Wassers im Rahmen der gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen, sowie der anerkannten Regeln der Technik zu ändern, falls dies in besonderen Fällen aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen zwingend notwendig ist; dabei sind die Belange des/der Grundstückseigentümers/in möglichst zu berücksichtigen.
- (2) Stellt der/die Grundstückseigentümer/in Anforderungen an Beschaffenheit und Druck des Wassers, die über die vorgenannten Verpflichtungen hinausgehen, so obliegt es ihm/ihr selbst, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

§ 9

Umfang der Versorgung, Benachrichtigung bei Versorgungsunterbrechungen

- (1) Die Stadt ist verpflichtet, Wasser am Ende der Anschlussleitung jederzeit zur Verfügung zu stellen. Dies gilt nicht,

- a) soweit zeitliche Beschränkungen zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung erforderlich oder nach dieser Satzung vorbehalten sind,
 - b) soweit und solange die Stadt an der Versorgung durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihr wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist.
- (2) Die Versorgung kann unterbrochen werden, soweit dies zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten erforderlich ist. Die Stadt hat jede Unterbrechung oder Unregelmäßigkeit unverzüglich zu beheben.
- (3) Die Stadt hat die Wasserabnehmer/innen bei einer nicht nur für kurze Dauer beabsichtigten Unterbrechung der Versorgung rechtzeitig in geeigneter Weise zu unterrichten. Die Pflicht zur Benachrichtigung entfällt, wenn die Unterrichtung
- a) nach den Umständen nicht rechtzeitig möglich ist und die Stadt dies nicht zu vertreten hat oder
 - b) die Beseitigung von bereits eingetretenen Unterbrechungen verzögern würde.

§ 10

Haftung bei Versorgungsstörungen

- (1) Für die Schäden, die Wasserabnehmer/innen durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung erleiden, haftet die Stadt aus dem Benutzungsverhältnis oder unerlaubter Handlung im Falle
- a) der Tötung oder Körperverletzung, es sei denn, dass der Schaden von der Stadt oder einem ihrer Bediensteten oder einem/einer Erfüllungsgehilfen/in weder vorsätzlich noch fahrlässig verursacht worden ist,
 - b) eines Sachschadens, es sei denn, dass dieser weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit der Stadt oder eines ihrer Bediensteten oder eines/einer Erfüllungsgehilfen/in verursacht worden ist,
 - c) eines Vermögensschadens, es sei denn, dass dieser weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit der Stadt oder eines vertretungsberechtigten Organs verursacht worden ist,
 - d) § 831 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nur bei vorsätzlichem Handeln von Erfüllungsgehilfen/innen anzuwenden.
- (2) Absatz 1 ist auch auf Ansprüche anzuwenden, die gegen ein drittes Wasserversorgungsunternehmen aus unerlaubter Handlung geltend gemacht werden. Die Stadt ist verpflichtet, auf Verlangen über die mit der Schadensverursachung durch ein drittes Unternehmen zusammenhängenden Tatsachen Auskunft zu geben soweit sie ihr bekannt sind oder von ihr in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können und ihre Kenntnis zur Geltendmachung des Schadensersatzes erforderlich ist.
- (3) Die Ersatzpflicht entfällt für Schäden unter 15,30 €.
- (4) Der/Die Wasserabnehmer/in hat den Schaden unverzüglich der Stadt oder dem ersatzpflichtigen Unternehmen mitzuteilen.

- (5) Für Schäden, die infolge von Naturereignissen wie Hochwasser, Blitzschlag, Wolkenbruch und dergleichen entstehen, wird von der Stadt weder Schadensersatz noch Minderung der Gebühren gewährt. Dies gilt auch für Schäden, die durch sonstige Betriebsstörungen, z. B. infolge Reparaturarbeiten oder sonstige Störungen in der Wasserversorgung hervorgerufen werden, es sei denn, die Stadt hat diese Störungen wegen Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit zu vertreten.

§ 11 Haftung Grundstückseigentümer/in

Der/Die Grundstückseigentümer/in haftet für alle Schäden an den Wasserversorgungsanlagen, die durch Verstöße gegen die Bestimmungen dieser Satzung, die darin in Bezug genommenen Vorschriften oder gegen die aufgrund der Satzung erlassenen Anordnungen entstehen. Er/Sie hat die Stadt von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die aufgrund derartiger Schäden gegen sie geltend gemacht werden.

Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner/innen.

Weitergehende Haftungsverpflichtungen aufgrund sonstiger gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen bleiben unberührt.

§ 12 Verjährung von Schadenersatzansprüchen

- (1) Schadenersatzansprüche der in § 10 bezeichneten Art verjähren nach fünf Jahren von dem schädigenden Ereignis an.
- (2) Schweben zwischen dem/der Ersatzpflichtigen und dem/der Ersatzberechtigten Verhandlungen über den zu leistenden Schadenersatz, so ist die Verjährung gehemmt, bis der eine oder andere Teil die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert.

§ 13 Zutrittsrecht

Der/Die Wasserabnehmer/in hat die Beauftragten der Stadt, die sich auf Verlangen auszuweisen haben, den Zutritt zu den Wasserverbrauchsanlagen und Anschlussleitungen zu gestatten, soweit dies zur Prüfung der technischen Einrichtung oder Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten nach dieser Satzung, insbesondere zum Ablesen der Messeinrichtungen, erforderlich ist.

§ 14 Allgemeine Pflichten

Jeder/Jede Wasserabnehmer/in hat ihm/ihr bekannt werdende Schäden und Störungen an den Wasserversorgungsanlagen, den Anschlussleitungen, und den Wasserverbrauchsanlagen unverzüglich der Stadt zu melden.

§ 15 Messeinrichtungen

- (1) Die Stadt ermittelt die zur Verfügung gestellte Wassermenge durch Messeinrichtungen

und bestimmt deren Art, Zahl und Größe sowie den Anbringungsort. Als Messeinrichtung werden per Funk auslesbare elektronische Wasserzähler installiert. Diese sind von den Anschlussnehmern zu nutzen. Aus technischen Gründen kann von der Verwendung elektronischer Wasserzähler abgewichen werden.

Die Messeinrichtungen sind vom/von Anschlussnehmer/in vor Frost, Abwasser und Grundwasser zu schützen.

- (2) Die Stadt kann verlangen, dass die Messeinrichtungen, auf Kosten des/der Anschlussnehmers/in, in einem von der Stadt zu bestimmenden/zu genehmigenden Schacht oder Schrank angebracht werden, wenn
 - a) das Grundstück unbebaut ist oder
 - b) die Versorgung des Grundstückes mit Anschlussleitungen erfolgt, die unverhältnismäßig lang sind oder nur unter besonderen Erschwernissen verlegt werden können oder
 - c) kein geeigneter Raum zur frostsicheren Unterbringung des Wasserzählers vorhanden ist.

Der/Die Anschlussnehmer/in ist verpflichtet, den in Satz 1 genannten Schacht oder Schrank in ordnungsgemäßem Zustand und jederzeit zugänglich zu halten. Er/Sie kann die Verlegung dieser Einrichtung auf seine/ihre Kosten verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn/sie nicht mehr zumutbar ist und nach der Verlegung das Ablesen nicht beeinträchtigt wird.

- (3) Der/Die Anschlussnehmer/in kann von der Stadt die Überprüfung der Messeinrichtung durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des Eichgesetzes verlangen. Die Kosten der Prüfung fallen der Stadt zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem/der Anschlussnehmer/in.
- (4) Bei Austausch des Wasserzählers beträgt die Widerspruchsfrist gegen den dabei festgestellten Zählerstand 14 Tage. Eine gewünschte Überprüfung des ausgetauschten Wasserzählers muss ebenfalls innerhalb dieser Frist beantragt werden.
- (5) Die per Funk auslesbaren Messeinrichtungen werden zum 31.12. jedes Jahres durch die Stadt ausgelesen. Die Übertragung der Daten ist durch technische und organisatorische Maßnahmen die den Stand der Technik abbilden, insbesondere durch Verschlüsselung, gegen unbefugte Zugriffe bzw. unbefugtes Mitlesen abgesichert. Folgende Daten werden bei der Auslesung erfasst: Zählernummer, Zählerstand zum Zeitpunkt der Auslesung, Zählerstand zum Monatsende, kleinste Wassertemperatur des Vormonats, durchschnittliche Umgebungstemperatur des Vormonats und Informationen zu Fehlermeldungen.

Auf Verlangen der Stadt kann der/die Grundstückseigentümer/in aufgefordert werden die Messeinrichtung selbst abzulesen. Dieser/Diese hat zudem dafür Sorge zu tragen, dass die Messeinrichtungen leicht zugänglich sind um bei Bedarf Ablesungen durch Beauftragte der Stadt Hofheim zu ermöglichen.

- (6) Sofern die Messeinrichtung nicht ausgelesen werden kann bzw. durch den/die Grundstückseigentümer/in kein Zählerstand gemeldet wurde, darf die Stadt den Verbrauch auf der Grundlage des zuletzt festgestellten Zählerstandes schätzen; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Das gleiche gilt, wenn die Messeinrichtung versagt hat.

- (7) Zur Abwehr von Gefahren für den ordnungsgemäßen Betrieb der Wasserversorgungsanlage oder im Rahmen der Wahrnehmung anderer öffentlicher Interessen, können, über die zur Verbrauchsabrechnung notwendigen Daten hinaus, weitere Daten durch Auslesung des Funksignals erhoben werden. Dies kann insbesondere zur
- a) Gewährung der Trinkwasserhygiene
 - b) Leckortung bzw. Auffinden von Leckagen
 - c) Überprüfung eines Verdachts der Manipulation des Wasserverbrauchs
- erfolgen, soweit dies erforderlich ist.

§ 16 Einstellung der Versorgung

- (1) Die Stadt kann die Versorgung einstellen, wenn der/die Anschlussnehmer/in den Bestimmungen der Satzung zuwiderhandelt und das Einstellen erforderlich ist, um
 - a) eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Anlagen abzuwehren,
 - b) den Verbrauch von Wasser unter Umgehung, durch Beeinflussen oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern oder
 - c) zu gewährleisten, dass Störungen anderer Grundstückseigentümer/innen, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen der Stadt oder Dritte oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind.
- (2) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei fehlendem Ausgleich einer fälligen Gebührenforderung, ist die Stadt berechtigt, die Versorgung zwei Wochen nach Androhung einzustellen. Dies gilt nicht, wenn der/die Anschlussnehmer/in darlegt, dass das Einstellen eine unverhältnismäßige Schwere zur Zuwiderhandlung darstellt und zu erwarten ist, dass er/sie seinen Verpflichtungen nachkommt.
- (3) Die Stadt hat die Versorgung unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Gründe für ihre Einstellung entfallen sind und der/die Anschlussnehmer/in die Kosten der Einstellung und Wiederaufnahme der Versorgung ersetzt hat. Die Kosten können pauschal berechnet werden.

III. Kostendeckung

a) Beiträge

§ 17 Wasserbeitrag

- (1) Die Stadt erhebt zur Deckung des Aufwands für die Herstellung und Anschaffung der Wasserversorgungsanlagen Beiträge, die nach der Veranlagungsfläche bemessen werden. Die Veranlagungsfläche ergibt sich durch Vervielfachen der Grundstücksfläche (§ 18) mit dem Nutzungsfaktor (§§ 19 bis 22).

- (2) Der Beitrag beträgt für das Verschaffen einer erstmaligen Anschlussmöglichkeit (Schaffensbeitrag) an die Wasserversorgungsanlagen 4,43 EUR/m² Veranlagungsfläche.

§ 18 Grundstücksfläche

- (1) Als Grundstücksfläche im Sinne von § 17 Abs. 1 gilt bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplans grundsätzlich die Fläche des Grundbuchgrundstücks; für außerhalb des Bebauungsplanbereichs liegende Grundstücksteile gelten die nachfolgenden Vorschriften in Abs. 2 und 3 entsprechend.
- (2) Wenn ein Bebauungsplan nicht besteht, gilt

- a) bei Grundstücken im Innenbereich grundsätzlich die Fläche des Grundbuchgrundstücks,
- b) bei Grundstücken im Innenbereich, die in den Außenbereich hineinragen, die Fläche bis zu einer Tiefe von 50 m, ausgehend von derjenigen Grundstücksseite, die - aus der Sicht des Innenbereichs - dem Außenbereich zugewandt ist (regelmäßig die gemeinsame Grenze des Grundstücks und der Erschließungsanlage, in welcher die Wasserversorgungsleitung verlegt ist).

Überschreitet die bauliche, gewerbliche oder sonstige (wasserbeitragsrechtlich relevante) Nutzung des Grundstücks die in Satz 1 bestimmte Tiefe, ist zusätzlich die übergreifende Nutzung zu berücksichtigen, sofern diese Fläche dem Innenbereich angehört. Dies gilt auch dann, wenn die Bebauung, gewerbliche oder sonstige Nutzung erst bei oder hinter der Begrenzung von 50 m beginnt.

Grundstücksteile, die sich lediglich als wegemäßige Verbindung zum eigentlichen Grundstück darstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt, wenn sie an der breitesten Stelle 15,0 m nicht überschreiten.

Bei in den Außenbereich hinausgehender baulicher, gewerblicher oder sonstiger (wasserbeitragsrechtlich relevanter) Nutzung des Grundstücks ist die Tiefe der übergreifenden Nutzung dergestalt zu berücksichtigen, dass die bebaute oder gewerblich (aufgrund einer Baugenehmigung bebaubare oder gewerblich nutzbare) oder sonstiger (wasserbeitragsrechtlich relevanter) Weise genutzte Fläche einschließlich einer Umgriffsfläche in einer Tiefe von 5 m - vom jeweils äußeren Rand der baulichen oder gewerblichen Nutzung/Nutzbarkeit gemessen - in Ansatz gebracht wird.

- (3) Bei Grundstücken im Außenbereich gilt die bebaute oder gewerblich genutzte/aufgrund einer Baugenehmigung bebaubare oder gewerblich nutzbare Fläche einschließlich einer Umgriffsfläche in einer Tiefe von 5 m - vom jeweils äußeren Rand der baulichen oder gewerblichen Nutzung/Nutzbarkeit gemessen. Gänzlich unbebaute oder gewerblich nicht genutzte Grundstücke, die tatsächlich an die öffentliche Einrichtung angeschlossen sind, werden mit der angeschlossenen, bevorteilten Grundstücksfläche berücksichtigt.

§ 19 Nutzungsfaktor in beplanten Gebieten

- (1) Der Nutzungsfaktor in beplanten Gebieten bestimmt sich nach der Zahl der im Bebauungsplan festgesetzten Vollgeschosse. Hat ein neuer Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 Abs. 1 Nr. 1 BauGB erreicht, ist dieser maßgebend. Werden die Festsetzungen des Bebauungsplans überschritten, ist die genehmigte oder vorhandene Zahl der Vollgeschosse, Gebäudehöhe oder Baumassenzahl zugrunde zu legen.

Der Nutzungsfaktor beträgt:

- | | |
|--------------------------------------|------|
| a) bei eingeschossiger Bebaubarkeit | 1,0 |
| b) bei zweigeschossiger Bebaubarkeit | 1,25 |
| c) bei dreigeschossiger Bebaubarkeit | 1,5 |
| d) bei viergeschossiger Bebaubarkeit | 1,75 |

Bei jedem weiteren Vollgeschoss erhöht sich der Nutzungsfaktor um 0,25

- (2) Ist nur die zulässige Gebäudehöhe (Traufhöhe) festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die höchst zulässige Höhe geteilt durch 2,2, wobei Bruchzahlen kaufmännisch auf- oder abgerundet werden. In Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i. S. v. § 11 BauNVO erfolgt die Teilung in Abweichung zu Satz 1 durch 3,5.
- (3) Ist weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Gebäudehöhe, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt, ist sie durch 3,5 zu teilen, wobei Bruchzahlen kaufmännisch auf volle Zahlen auf- oder abgerundet werden.
- (4) Bei Grundstücken, für die der Bebauungsplan
- a) Gemeinbedarfsflächen ohne Festsetzung der Anzahl der Vollgeschosse oder anderer Werte, anhand derer die Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 2 und 3 festgestellt werden könnte, vorsieht, gilt 1,25,
 - b) nur gewerbliche Nutzung ohne Bebauung festsetzt oder bei denen die zulässige Bebauung im Verhältnis zu dieser Nutzung untergeordnete Bedeutung hat, gilt 1,0,
 - c) nur Friedhöfe, Freibäder, Sportplätze sowie sonstige Anlagen, die nach ihrer Zweckbestimmung im Wesentlichen nur in einer Ebene genutzt werden können, gestattet, gilt für die bebaubaren Teile dieser Grundstücke 1,0, für die Restfläche 0,1,
 - d) nur Garagen oder Stellplätze zulässt, gilt 0,5,
 - e) landwirtschaftliche Nutzung festsetzt, gilt 0,1,
 - f) Dauerkleingärten festsetzt, gilt 0,5,
 - g) Kirchengebäude oder ähnliche Gebäude mit religiöser Zweckbestimmung festsetzt, gilt 1,25

als Nutzungsfaktor.

- (5) Sind für ein Grundstück unterschiedliche Vollgeschosszahlen, Gebäudehöhen oder Baumassenzahlen festgesetzt, ist der Nutzungsfaktor unter Beachtung dieser unterschiedlichen Werte zu ermitteln.
- (6) Enthält der Bebauungsplan keine Festsetzungen über die Anzahl der Vollgeschosse oder der Gebäudehöhe oder der Baumassenzahlen, anhand derer sich der Nutzungsfaktor ermitteln lässt, gelten die Vorschriften für den unbeplanten Innenbereich nach § 21 entsprechend.

§ 20

Nutzungsfaktor bei Bestehen einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB

Enthält eine Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB Festsetzungen nach § 9 Abs. 1, 3 und 4 BauGB, gelten die Regelungen des § 19 für die Ermittlung des Nutzungsfaktors entsprechend; ansonsten sind die Vorschriften des § 21 anzuwenden.

§ 21

Nutzungsfaktor im unbeplanten Innenbereich

- (1) Im unbeplanten Innenbereich wird zur Bestimmung des Nutzungsfaktors auf die Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse abgestellt.
- (2) Sind Grundstücke unbebaut, wird auf die Höchstzahl der in ihrer unmittelbaren Umgebung vorhandenen Vollgeschosse abgestellt.
- (3) Ist im Bauwerk kein Vollgeschoss vorhanden, gilt als Zahl der Vollgeschosse die tatsächliche Gebäudehöhe, geteilt durch 3,5, für insgesamt gewerblich oder industriell genutzte Grundstücke; durch 2,2 für alle in anderer Weise baulich genutzte Grundstücke. Bruchzahlen werden hierbei kaufmännisch auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.
- (4) Die in § 19 Abs. 1 festgesetzten Nutzungsfaktoren je Vollgeschoss gelten entsprechend.
- (5) Bei Grundstücken, die
 - a) als Gemeinbedarfsflächen unbebaut oder im Verhältnis zu ihrer Größe untergeordnet bebaut sind (z. B. Festplatz u. Ä.), gilt 0,5,
 - b) nur gewerblich ohne Bebauung oder mit einer im Verhältnis zur gewerblichen Nutzung untergeordneten Bebauung genutzt werden dürfen, gilt 1,0,
 - c) nur Friedhöfe, Freibäder, Sportplätze sowie sonstige Anlagen, die nach ihrer Zweckbestimmung im Wesentlichen nur in einer Ebene genutzt werden können, gilt für die bebauten Teile dieser Grundstücke 1,0, für die Restfläche 0,1,
 - d) wegen ihrer Größe nur mit Garagen bebaut, als Stellplatz oder in ähnlicher Weise genutzt werden können, gilt 0,5,
 - e) mit Kirchengebäuden oder ähnlichen Gebäuden mit religiöser Zweckbestimmung bebaut sind, gilt 1,25

als Nutzungsfaktor.

§ 22 Nutzungsfaktor in Sonderfällen

- (1) Bei gänzlich unbebauten - aber dennoch angeschlossenen Außenbereichsgrundstücken gilt als Nutzungsfaktor 0,5 (bezogen auf die gemäß § 18 Abs. 3 ermittelte Grundstücksfläche).
- (2) Bei bebauten Außenbereichsgrundstücken bestimmt sich der Nutzungsfaktor (bezogen auf die gemäß § 18 Abs. 3 ermittelte bebaute Fläche) nach den Regelungen des § 21 Abs. 1 bis 3.
- (3) Geht ein Grundstück vom Innenbereich in den Außenbereich über, so gelten die Nutzungsfaktoren der §§ 19 bis 21 für das Teilgrundstück im Innenbereich jeweils entsprechend. Für das Teilgrundstück im Außenbereich gelten die vorstehenden Absätze 1 und 2 entsprechend (bezogen auf die gemäß § 18 Abs. 2 b) Satz 5 ermittelte Grundstücksfläche).

§ 23 Gegenstand der Beitragspflicht

Der Beitragspflicht unterliegen die an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstücke und die anschließbaren, wenn für sie

- a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist und sie bebaut oder gewerblich genutzt werden können oder
- b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, sie aber nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und baulich oder gewerblich genutzt werden können oder
- c) aufgrund einer Baugenehmigung baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen.

§ 24 Entstehen der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit der Fertigstellung der Einrichtung, im Falle einer Teilmaßnahme oder einer Abschnittsbildung mit der Fertigstellung des Teils oder Abschnitts der Einrichtung. Wird ein Beitrag für das Verschaffen der erstmaligen Einrichtung erhoben, so entsteht die Beitragspflicht sobald das Grundstück an die Einrichtung angeschlossen werden kann, frühestens jedoch mit Inkrafttreten der Satzung, die Satzung kann einen späteren Zeitpunkt bestimmen (§11, Abs. 8 KAG).
- (2) Sind Grundstücke im Zeitpunkt der Fertigstellung oder Teilfertigstellung (Abs.1) noch nicht baulich oder gewerblich nutzbar oder erhalten sie einen bei Fertigstellung nicht geplanten Anschluss, entsteht die Beitragspflicht für diese Grundstücke mit dem Eintritt der baulichen oder gewerblichen Nutzbarkeit oder dem tatsächlichen Anschluss.

§ 25 Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist, wer zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer/in des Grundstückes ist. Wenn das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet ist, ist anstelle des/der Eigentümers/in der Erbbauberechtigte beitragspflichtig.

- (2) Bei Wohnungs- oder Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer/innen entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.
- (3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (4) Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück. Im Falle des Abs. 1 Satz 2 auf dem Erbbaurecht, im Falle des Abs.2 auf dem Wohnungs- oder Teileigentum.

§ 26 Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 27 Vorausleistungen

- (1) Vorausleistungen können unabhängig vom Bauvorschritt und von der Absehbarkeit der Fertigstellung bis zur Höhe des voraussichtlichen endgültigen Beitrags ab Beginn der beitragsfähigen Maßnahme erhoben werden. § 26 gilt entsprechend.
- (2) Die Vorausleistung ist auf die endgültige Beitragsschuld anzurechnen, auch wenn die oder der Vorausleistende nicht endgültig beitragspflichtig ist. Dies gilt auch, wenn eine überschüssige Vorausleistung zu erstatten ist.

§ 28 Ablösung des Wasserbeitrages

Die Stadt kann vor der Entstehung der Beitragspflicht Verträge über die Ablösung des Wasserbeitrages schließen. Der Ablösungsbetrag bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlichen Beitrages gemäß den zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Bestimmungen dieser Satzung. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

b) Kostenerstattung

§ 29 Anschlusskosten

- (1) Der Aufwand für die Herstellung des Neuanschlusses der Anschlussleitungen ist der Stadt zu erstatten. Der Aufwand für Erneuerung, Veränderung, Unterhaltung oder Beseitigung (Stilllegung) der Hausanschlussleitungen ist der Stadt in der tatsächlich entstandenen Höhe ebenfalls zu erstatten. Der Erstattungsanspruch entsteht mit der Fertigstellung der erstattungspflichtigen Maßnahme; er wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (2) Erstattungspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Bescheides Eigentümer/in des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, ist anstelle des/der Eigentümers/in der/die Erbbauberechtigte erstattungspflichtig. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ih-

rem Miteigentumsanteil erstattungspflichtig. Mehrere Erstattungspflichtige haften als Gesamtschuldner/innen.

- (3) Die Durchführung einer Maßnahme nach Abs. 1 kann von der Errichtung einer angemessenen Vorauszahlung abhängig gemacht werden.
- (4) Der Erstattungsanspruch ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück. Im Falle des Abs. 2 Satz 2 auf dem Erbbaurecht bzw. auf dem Wohnungs- und Teileigentum.

c) Gebühren

§ 30a 1) Benutzungsgebühren

- (1) Die Stadt erhebt zur Deckung der Kosten im Sinne des § 10 Abs. 2 KAG und für die Erneuerung, Veränderung, Unterhaltung, Beseitigung (Stilllegung) der Wasserversorgungsanlage sowie der Grundstücksanschlussleitungen Gebühren
- (2) Die Gebühr bemisst sich aus Mengen (m³) des zur Verfügung gestellten Wassers. Ist die Messeinrichtung ausgefallen, schätzt die Stadt den Verbrauch nach pflichtgemäßem Ermessen.
- (3) Die Gebühr beträgt brutto pro m³ 2,57 €. Dieser enthält die gesetzliche Umsatzsteuer von 7 %. (2,40 € netto pro m³)

§ 30b Sonderfälle

- (1) Privatleitung
 - a) Wird für einen Anschluss eine private, neue Leitung gelegt, so sind die Kosten für die Herstellung des Neuanschlusses, der Aufwand für Erneuerung, Veränderung, Unterhaltung oder Beseitigung (Stilllegung) der Stadt wie bei einem Hausanschluss gem. § 5, 5b und § 29 zu erstatten.
 - b) Für die Nutzung unserer Wasserversorgungsanlagen gem. § 2 ist unabhängig von der Nutzungsdauer eine Entschädigung für den Wasserbeitrag zu zahlen, deren Höhe in Anlehnung an § 17 ermittelt wird.
- (2) Die Vereinbarung ist schriftlich in Form eines Sondervertrages festzuhalten und bedarf der Zustimmung der Betriebskommission.

§ 31 1) Zählergebühr

- (1) Die Zählergebühr beträgt je Wasserzähler und je angefangenem Kalendermonat bei Wasserzählern mit einer Verbrauchsleistung

Zählertyp	Netto €/Monat	Brutto €/Monat
bis zu $Q_3 = 4 \text{ m}^3/\text{h}$	7,00	7,49
bis zu $Q_3 = 10 \text{ m}^3/\text{h}$	11,00	11,77
bis zu $Q_3 = 16 \text{ m}^3/\text{h}$	14,00	14,98
bis zu $Q_3 = 25 \text{ m}^3/\text{h}$	20,00	21,40
bis zu $Q_3 = 40 \text{ m}^3/\text{h}$	23,00	24,61
bis zu $Q_3 = 63 \text{ m}^3/\text{h}$	23,00	24,61
ab einschl. $Q_3 = 100 \text{ m}^3/\text{h}$	30,00	32,10

zuzüglich gültiger Mehrwertsteuer.

Bei Verbundzählern ist der größte Zähler maßgebend.

- (2) Die Abgabepflicht entsteht mit dem Einbau des Wasserzählers.
- (3) Wird die Wasserlieferung durch die Stadt unterbrochen (z.B. wegen Wassermangels, Störungen im Betrieb, betriebsnotwendigen Arbeiten oder aus anderen Gründen), so wird für die voll ausfallenden Kalendermonate keine Zählergebühr berechnet.
- (4) Bauwasserzähler werden durch die Stadt auf Antrag eingebaut. Die Zählergebühr berechnet sich anhand der Gebührenarten gemäß § 31 Abs. 1.
- (5) Standrohre werden von der Stadt gegen eine Gebühr (Standrohrmiete) mit Antrag ausgegeben, die pro Kalendertag dem Preis von 1 m^3 Wasser entspricht. Die Standrohrgebühr ist ohne Rücksicht auf die Zeit der tatsächlichen Verwendung für jeden Kalendertag zu zahlen, solange das Standrohr nicht der Stadt zurückgegeben ist.
- (6) Als Sicherheitsleistung für ein Standrohr mit Zähler oder einem Bauwasserzähler wird ein Betrag von 700,00 € erhoben. Gerät ein Standrohr oder ein Bauwasserzähler in Verlust (Diebstahl usw.), oder wird beschädigt, ist dies sofort der Stadt zu melden. Die Kosten (mindestens in Höhe der Sicherheitsleistung) der Ersatzbeschaffung oder der Reparatur sind von dem/der Antragssteller/in zu tragen.
- (7) Das über das Standrohr abgegebene Wasser wird nach § 30a Abs. 3 abgerechnet.

Bei Verlust darf die Stadt den Verbrauch schätzen. Die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Das Gleiche gilt, wenn die Messeinrichtung versagt hat.

§ 32 Verwaltungsgebühren

- (1) Sind auf einem Grundstück mehrere Messeinrichtungen vorhanden, erhebt die Stadt für jedes Ablesen der zweiten oder weiteren Messeinrichtung 2,60 €.

- (2) Für jedes vom/von der Anschlussnehmer/in veranlasste Ablesen verlangt die Stadt 30,50 € für die zweite und jede weitere Messeinrichtung zum gleichen Ablesetermin ermäßigt sich die Verwaltungsgebühr auf jeweils 2,60 €.
- (3) Für jede vom Anschlussnehmer verursachte zusätzliche Anfahrt zur Ausführung des Zählerwechsels, im Rahmen der vom Gesetzgeber geforderten Eichgültigkeit von Messgeräten (EichG und EichO), erhebt die Stadt eine Gebühr von 30,50 €.

§ 33

Entstehung der Gebührenpflicht

Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Benutzen des betriebsfertigen Anschlusses des Grundstücks. Sie endet mit der Stilllegung des Anschlusses.

Die Verwaltungsgebühr entsteht mit dem Ablesen der Messeinrichtung bzw. dem Einrichten des Münzzählers.

§ 34

Festsetzung und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebühr für das zur Verfügung gestellte Wasser wird als Jahresgebühr durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.
- (2) Die Gebühr für das zur Verfügung gestellte Wasser wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Die Gebühr für das zur Verfügung gestellte Wasser wird als Vorauszahlung erhoben. Die Vorauszahlung beträgt ein Viertel der Jahresgebühr, die sich bei der letzten Abrechnung ergeben hat. Die Vorauszahlungen sind am 15.2., 15.5., 15.8., 15.11. eines jeden Jahres fällig. Sind für die Festsetzung von Vorauszahlungen keine Frischwasser- und Brauchwassermengen zu ermitteln, werden diese nach Durchschnittsverbrauch geschätzt.
- (4) Statt Vorauszahlung zu verlangen, kann die Stadt bei dem/der Anschlussnehmer/in einen Münzzähler einrichten, wenn er/sie mit zwei Vorauszahlungen im Rückstand ist oder nach den Umständen des Einzelfalles zu befürchten ist, dass er/sie seinen Zahlungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Das Setzen des Münzzählers geht zu Lasten des/der Anschlussnehmers/in.
- (5) Bei Nachveranschlagungen wird die Gebührenschuld einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 35

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Gebührenbescheides Eigentümer/in des Grundstückes ist. Der/Die Erbbauberechtigte ist anstelle des/der Grundstückseigentümers/in gebührenpflichtig.
- (2) Tritt während eines Erhebungszeitraumes ein Wechsel in der Person des/der Eigentümers/in ein, hat der/die bisherige Eigentümer/in die Gebühr bis zum Zeitpunkt des Eigentumsüberganges zu entrichten.
- (3) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner/innen.

- (4) Die Gebühren nach §§ 30a, 30b, 31 und 32 ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück

§ 36 Mehrwertsteuer

Soweit Ansprüche der Stadt der gesetzlichen Mehrwertsteuer unterliegen, ist diese von den Pflichtigen zusätzlich zu entrichten. Es gilt der jeweils gültige Steuersatz.

IV. Schlussbestimmungen

§ 37 Mitteilungspflicht

- (1) Änderungen im Grundstückseigentum bzw. Erbbaurecht sind der Stadt vom/von der bisherigen und neuen Grundstückseigentümer/in bzw. Erbbauberechtigten unverzüglich mitzuteilen.
- (2) Der/Die Anschlussnehmer/in, der/die bauliche Veränderungen an der Wasserverbrauchsanlage vornehmen lassen will, hat dies der Stadt rechtzeitig anzuzeigen.
- (3) Der/Die Anschlussnehmer/in hat das Abhandenkommen, Beschädigungen und Störungen der Messeinrichtungen der Stadt unverzüglich mitzuteilen.

§ 38 Zwangsmittel

Für die zwangsweise Durchsetzung der im Rahmen dieser Satzung erlassenen Verfügungen gelten die Vorschriften des Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in der jeweiligen gültigen Fassung.

§ 39 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 - a) §3 Abs. 2 seinen Trinkwasserbedarf aus anderen als der Wasserversorgungsanlage deckt, ohne dass dies nach § 4 Abs. 2 Satz 1 gestattet ist;
 - b) § 4 Abs. 5 Satz 1 und § 37 den in diesen Bestimmungen genannten Mitteilungspflichten nicht oder nicht rechtzeitig nach kommt;
 - c) § 4 Abs. 5 Satz 2 nicht sicherstellt, dass aus seiner Anlage kein Wasser in das Trinkwassernetz eintreten kann.
 - d) § 5 Abs. 2 die Anschlussleitung herstellt, erneuert, verändert, unterhält oder beseitigt oder anders auf sie (einschließlich der Messeinrichtung) einwirkt oder einwirken lässt;

- e) § 6 Abs. 4 Satz 1 Wasserverbrauchsanlagen nicht so betreibt, dass Störungen anderer Wasserabnehmer/innen, störende Rückwirkungen auf die Wasserversorgungsanlage oder Wasserverbrauchsanlagen Dritte oder Auswirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind;
 - f) § 13 den/die Beauftragte/n der Stadt den Zutritt zu den Wasserverbrauchsanlagen und Anschlussleitungen verweigert.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von 5,00 € bis 50.000,00 € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der/die Täter/in aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, kann es überschritten werden.
- (3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde ist der Magistrat der Stadt Hofheim am Taunus.

§ 40

Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Die Stadt ist berechtigt, zum Zweck der Festsetzung von Gebühren, Beiträgen und Kostenerstattungen nach Maßgabe dieser Satzung Angaben über die Anschlussnehmer, Wasserabnehmer sowie anschlussverpflichteten Personen notwendigen Daten automatisiert zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten.
- (2) Die Stadt ist berechtigt, zum Zweck der Festsetzung von Gebühren, Beiträgen und Kostenerstattungen nach Maßgabe dieser Satzung die Auskünfte, die von den gebührenpflichtigen Personen auf Grundlage des § 37 erhoben wurden, automatisiert zu speichern und zu verarbeiten.
- (3) Den von einer Datenerhebung betroffenen Personen stehen die Rechte nach Artikel 13 ff der europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU DS-GVO) zu, insbesondere das Recht, Auskunft über die zur Person gespeicherten Daten zu verlangen und das Recht auf Berichtigung falscher Daten.
- (4) Die Stadt ist gemäß Art. 13 EU DS-GVO verpflichtet die von der Datenerhebung Betroffenen über die Prozesse der Datenverarbeitung zu informieren. Die Information der Stadt erfolgt an die Anschlussnehmer. Sofern die Anschlussnehmer nicht alleiniger Wasserabnehmer sind, sind sie verpflichtet diese Informationen an die Wasserabnehmer weiterzuleiten.

§ 41 *)

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.10.2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Wasserversorgungssatzung der Stadt Hofheim am Taunus vom 01.01.1998 einschließlich aller Nachträge außer Kraft. Ausgenommen hiervon ist der § 30 a, dieser tritt rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft.

*) = betrifft nur das Inkrafttreten der ursprünglichen Fassung.

1) = geändert mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2023
In Kraft getreten am 01.01.2024